

Antrag 215/II/2022**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme Leitantrag (Konsens)****You'll never walk alone – Ein sozialdemokratischer Weg aus der Armut**

1 Die Coronakrise, die steigenden Energiepreise und die In-
2 flation stellen derzeit viele Menschen vor neue finanzielle
3 Herausforderungen. Viele Haushalte können die steigen-
4 den Preise nicht einfach so auffangen. Die Einsparungs-
5 möglichkeiten sind bei vielen nicht mehr vorhanden. Da-
6 her ist es die Aufgabe der SPD, diesen Menschen zu hel-
7 fen. Die Sozialdemokratie hat seit ihrem Bestehen gegen
8 Armut und für Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft
9 gekämpft. Gerade in diesen Tagen ist es wichtig zu zeigen,
10 dass wir an der Seite der Menschen stehen, die derzeit un-
11 sere Unterstützung brauchen.

12

13 Armut ist dabei ein strukturelles Phänomen. In einer rei-
14 chen Gesellschaft wie Deutschland fühlt sich Armut an-
15 ders an als in ärmeren Ländern. Armut und Reichtum
16 hängen dabei zusammen. Die Bedingung für den großen
17 Reichtum von Wenigen ist die Armut von vielen Men-
18 schen. Bei uns ist das Hauptmerkmal von Armut vor allem
19 der Ausschluss aus der Gesellschaft. Viele soziale Aktivi-
20 täten sind kaum mehr möglich. Dies trifft insbesondere
21 Menschen, die bereits aufgrund von Geschlecht, Migrati-
22 onsgeschichte, Behinderung u.a. marginalisiert sind. Da-
23 bei nimmt die Armut immer stärker zu. Immer größere Tei-
24 le der Bevölkerung stehen im Risiko, in Armut zu landen.
25 Die gesellschaftliche Spaltung greift auch zunehmend die
26 Fundamente unserer Demokratie an. Ob jemand wählen
27 geht oder politisch aktiv ist, hängt sehr stark von sozio-
28 ökonomischen Faktoren ab. Wenn wir die Armut nicht
29 bekämpfen, dann droht auch unsere Demokratie zuneh-
30 mend zu verfallen.

31

32 Daher sehen wir es als SPD als unsere zentrale Aufgabe,
33 Armut zu bekämpfen. Doch die Gründe für Armut sind oft
34 sehr vielfältig. Unserem Bildungswesen fehlt trotz vieler
35 Reformen die Durchlässigkeit. Armut ist in starker Wei-
36 se vererbbar. Wir können derzeit beobachten, wie vie-
37 le Menschen in die Altersarmut fallen. Doch auch junge
38 Menschen sind zunehmend dem Risiko ausgesetzt, arm
39 zu werden. Wer alleinerziehend ist, vermehrt Sorgearbeit
40 leistet und/oder eine gebrochene Erwerbsbiografie be-
41 sitzt, hat ein erhöhtes Armutsrisiko. Diese exemplarischen
42 Aufzählungen zeigen, wie verschieden und unterschied-
43 lich die Gründe für Armut sind. Sie zeigen, wie schnell man
44 unverschuldet in Armut fallen kann. Daher schlagen wir
45 als SPD ein breit gefächertes Maßnahmenpaket zur Be-
46 kämpfung der Armut vor.

47

48 Bürger:innengeld

49 Wir als SPD begrüßen die geplante Einführung des Bürger:innengeldes. Aber dieses muss armutsfest sein. Daher
50 setzen wir uns für eine deutliche Anhebung der Regelsätze ein. Die aktuelle Berechnung der Regelsätze orientiert
51 sich für Einpersonenhaushalte an den untersten 15 Prozent der Einkommen, wobei diese Berechnung auch Menschen
52 mit verdeckter Armut einschließt – also Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen hätten, diese aber nicht
53 beantragen.
54

55
56
57
58
59 Zudem werden bei dem angewendeten Statistikmodell
60 Ausgaben politisch heraus gekürzt. So werden zum Beispiel Ausgaben für Schnittblumen, Weihnachtsbaum oder
61 Alkohol gestrichen. Daher fallen die Regelsätze aktuell
62 sehr niedrig aus und sind laut Urteil des Bundesverfassungsgerichtes “gerade so” existenzsichernd. An soziale
63 Teilhabe und ein Leben in Würde ist mit dem niedrigen
64 Regelsatz kaum zu denken. Dazu sollte der Regelsatz die
65 realen Wohnkosten abbilden und Kosten für weitere Artikel des Grundbedarfs umfassen. Daher sollte sich die
66 Regelsatzberechnung in Zukunft an den untersten 30 Prozent der Einkommen orientieren – viele Schieflagen bei
67 der Berechnung wären damit gelöst und die Sozialleistungen würden stärker an die allgemeinen Lohnsteigerungen
68 angepasst. Zudem muss mit der Einführung der Kindergrundsicherung die Berechnung der Regelsätze für Kinder
69 und Jugendliche noch einmal neu aufgesetzt werden. Es
70 ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Leistungen für junge Menschen deutlich geringer ausfallen als für Erwachsene,
71 schließlich sind Ausgaben für Bildung und Freizeitgestaltung nicht zu unterschätzen. Beide Leistungen, Bürger:innengeld
72 und Kindergrundsicherung, müssen unbedingt umgesetzt und großzügig ausgestaltet werden!
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82

83 Bei zukünftigen Entlastungspaketen müssen auch Rentner:innen und Studierende mit einbezogen und entlastet
84 werden! Der Mindestlohn hat sich als gutes Instrument gegen Armut erwiesen. Dieser soll zukünftig ausgeweitet
85 und perspektivisch weiter erhöht werden.
86
87
88

89 Chancengerechte Bildung

90 Der Armut, die zwischen den Generationen tradiert wird, muss frühzeitig im Sinne der Chancengerechtigkeit entgegengewirkt werden. Auch das deutsche Bildungssystem schafft es bislang oft nicht, Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, sondern reproduziert soziale Ungleichheit. Häufig schlagen Kinder aus armen Familien denselben Weg ein wie ihre Eltern. Armutsbetroffene Familien oder Alleinerziehende haben häufig weder die Zeit noch die finanziellen Mittel, um ihre Kinder in der Schule adäquat unterstützen zu können. Berlin verzeichnet seit Jahren eine hohe Zahl an jungen Menschen, die die Schu-

101 le ohne Abschluss beenden. Ohne Abschluss und (Job-
102)Perspektive werden Arbeitslosigkeit sowie letztlich Ar-
103 mut in zu vielen Familien Berlins "weitergegeben". Doch
104 ein gelungener Bildungsweg ist der beste Ausweg aus der
105 Armutsspirale. Daher ist es wichtig, dass sich die Bildungs-
106 politik noch stärker auf jene Familien und Kinder kon-
107 zentriert, die am meisten Unterstützung brauchen. Von
108 den Kitas über die Schulen bis hin zur Hochschulbildung
109 braucht es gezielte politische Maßnahmen, die Kindern
110 aus armen Familien mit möglichst vielfältigen Angeboten
111 auf ihrem Weg unterstützen.

112

113 Die Berliner Regierung unter sozialdemokratischer Füh-
114 rung hat in den vergangenen Jahren viele effektive finan-
115 zielle Unterstützungshilfen auf den Weg gebracht, allem
116 voran die gebührenfreie Kita und Schule. Das kostenlo-
117 se Schüler:innenticket für den ÖPNV, die Lernmittelfrei-
118 heit sowie die kostenlose Hortbetreuung und Versorgung
119 mit Mittagessen in den ersten Klassen haben wesent-
120 lich dazu beigetragen, dass Berliner Familien mehr Geld
121 im Portemonnaie haben. Dieser Weg wird in der aktuel-
122 len Legislaturperiode fortgesetzt: die Hortgebührenfrei-
123 heit wird auf alle Grundschulklassen ausgeweitet, Lern-
124 mittelfreiheit und kostenbeteiligungsfreies Mittagessen
125 werden auch für die Sekundarstufen verfügbar, das kos-
126 tenlose Schüler:innenticket für den ÖPNV wird auch für
127 Schüler:innen des zweiten Bildungsweges gelten.

128

129 Daneben gilt es, Entlastungsangebote zu schaffen, um
130 auf besondere Bedarfslagen individueller Familien reagie-
131 ren zu können. Im Schulbereich stellen insbesondere die
132 Materialausstattung (Blöcke, Federtaschen, Hefter etc.) zu
133 Beginn des Schuljahres, Klassenfahrten und Exkursionen
134 sowie Nachhilfe nicht unerhebliche Kostenpunkte von Fa-
135 milien dar. Ziel der SPD ist es, soziale Härten auch au-
136 ßerhalb eines BuT-Anspruchs (Leistungen für Bildung und
137 Teilhabe) abzufedern. Daher setzt die Berliner SPD kurz-
138 fristig folgende Maßnahmen um:

139

- 140 • die Bereitstellung und Finanzierung von Beschaf-
141 fungsgutscheinen, die zur bedarfsgerechten Unter-
142 stützung im Einzelfall von den Klassenleitungen
143 ausgegeben werden können,
- 144 • die Einrichtung eines Unterstützungsfonds zur Fi-
145 nanzierung von Klassenfahrten und Exkursionen für
146 Kinder bedürftiger Familien oberhalb eines BuT-
147 Anspruchs und
- 148 • die Fortführung der kostenlosen Lernangebote in
149 den Ferien und der kostenlosen Nachhilfe für alle
150 Schüler:innen Berlins.

151

152 Für uns gilt: Entlastungspakete dürfen nicht gegen Inves-
153 titionen im Bildungsbereich ausgespielt werden. Daher

154 stehen wir weiterhin zu unseren zentralen Investitions-
155 vorhaben, allen voran der Schulbauoffensive. Weder die
156 Sanierungen der Bezirke noch die Neubauvorhaben des
157 Landes dürfen Kürzungen zum Opfer fallen. Die entste-
158 henden Mehrbedarfe der Entlastungspakete müssen da-
159 her zwingend aus anderen Finanzierungsquellen finan-
160 ziert werden – und nicht durch Quersubvention aus dem
161 Haushalt selbst.

162

163 Die Berliner Bildungslandschaft bedarf jedoch auch struk-
164 tureller Maßnahmen, um eine annähernde Chancenge-
165 rechtigkeit gewährleisten zu können und armutsbetroffen-
166 en Kindern den sozialen Aufstieg zu ermöglichen.

167 • gleiche Schule für alle: Wir fordern den flächen-
168 deckenden Ausbau und eine bessere Finanzierung
169 der Gemeinschaftsschulen. Gemeinschaftsschulen,
170 in denen Schüler:innen jeglicher Herkunft und jegli-
171 chen Bildungsgrades gemeinsam bis zum Abschluss
172 unterrichtet werden, fördern nicht nur die soziale
173 Kompetenz der Kinder.

174 • multiprofessionelle Teams: Damit auch der Förder-
175 bedarf benachteiligter Schüler:innen gedeckt wer-
176 den kann, benötigen die Berliner Schulen mehr
177 Lehrpersonal, aber auch mehr Förderpädagog:in-
178 nen, Schulpsycholog:innen und Erzieher:innen. Die-
179 se multiprofessionellen Teams können sich Schü-
180 ler:innen mit Sprach- und Lernrückständen vollum-
181 fänglichen widmen, bei den Hausaufgaben helfen
182 und hinsichtlich weiterer außerschulischer Hilfsan-
183 gebote behilflich sein.

184 • Schulpsychologie und Beratung stärken: Leistungs-
185 druck, fehlende Orientierung im Leben, Ungewiss-
186 heit oder Erfahrungen von häuslicher Gewalt füh-
187 ren bei vielen jungen Menschen zu Erkrankungen,
188 mit denen das pädagogische Personal im Schul-
189 alltag konfrontiert ist. Zwar sind der Abbau von
190 Lernrückständen und die Stärkung der psychosozia-
191 len Arbeit richtige Schritte, allerdings braucht es
192 mehr sowie niedrigschwellige Unterstützungsan-
193 gebote an den Bildungseinrichtungen als Erstkon-
194 takt. Weiterhin müssen Schulen und Bezirke (insb.
195 die Schulpsychologischen und Inklusionspädagogi-
196 schen Beratungs- und Unterstützungszentren) per-
197 sonell gestärkt werden, um die schulpsychologi-
198 sche Arbeit langfristig sicherzustellen. Außerdem
199 braucht es flächendeckende Ressourcen, um schul-
200 abstinente Schüler:innen zu unterstützen und ge-
201 meinsam mit den Kollegien sowie Familien die The-
202 men Schulangst, Leistungsdruck und mentale Ge-
203 sundheit im Alltag zu besprechen und Lösungen zu
204 erarbeiten.

205 • Beratung über die berufliche Bildung in allen Schu-
206 len einführen: die Möglichkeiten der beruflichen Bil-

207 dung werden derzeit nicht in allen Schulen vermit-
208 telt. Einige Schulen tun dies im Rahmen der Prak-
209 tika in Jahrgang 9, andere als eigenständiges Un-
210 terrichts-fach, wieder andere überhaupt nicht. Dabei
211 bietet die berufliche Bildung interessante Chancen,
212 die vielen Schüler:innen nicht bekannt sind. Vor die-
213 sem Hintergrund fordern wir, dass an allen Schulen
214 über die Möglichkeiten der beruflichen Bildung in-
215 formiert wird. So können Zukunftsperspektiven er-
216 öffnet und Schüler:innen motiviert werden.

- 217 • diskriminierungskritische Lehrerfortbildung: Leider
218 sind auch Lehrpersonen nicht frei von Vorurteilen.
219 Allzu oft werden Kinder aufgrund ihrer sozialen
220 Herkunft, ihres Geschlechts und/oder Migrations-
221 geschichte in Schubladen gepackt und ihr eigent-
222 liches Potenzial nicht erkannt. Daher fordern wir,
223 Lehrkräfte in Fortbildungen zum Umgang mit diskri-
224 minierten Gruppen weiter zu sensibilisieren. Klas-
225 sismus, also die Diskriminierung aufgrund von tat-
226 sächlicher oder vermuteter sozialer Stellung und
227 Herkunft, wollen wir aktiv bekämpfen. Dabei wollen
228 wir auf klassistische Diskriminierung in der Bildung
229 ein besonderes Augenmerk legen. Aufstieg durch
230 Bildung ist ein zentrales Versprechen der SPD, was
231 eingelöst werden muss. Eine gute Lehrkraft, die je-
232 dem Kind vorurteilsfrei und zugewandt begegnet,
233 kann den gesamten Bildungs- und Lebensweg eines
234 Schülers oder einer Schülerin positiv beeinflussen.
- 235 • digitales Arbeiten für alle ermöglichen: immer noch
236 gibt es Schüler:innen und Lehrkräfte, die nicht in
237 Präsenz am Schulbetrieb teilnehmen können. Digi-
238 tales und vor allem vernetztes Arbeiten hat an Stel-
239 lenwert zugenommen – auch über die Pandemie
240 hinaus. Die Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen
241 Endgeräten begrüßen wir sehr. Allerdings gibt es im-
242 mer noch Schüler:innen, die nicht digital-vernetzt
243 arbeiten können. Das Land Berlin muss schnellst-
244 ens allen Schüler:innen ein Angebot zur Ausstat-
245 tung mit digitalen, datenschutzkonformen Endge-
246 räten machen. Wichtig ist dabei, dass es ein bar-
247 rierearmes und sozialverträgliches Verfahren gibt,
248 damit all jene Schüler:innen, die ein Gerät wollen,
249 auch eines erhalten. Doch das allein reicht nicht aus.
250 Damit diese Geräte auch vollumfänglich eingesetzt
251 werden können, braucht es eine verlässliche Verbin-
252 dung zum Internet. Deshalb fordern wir ein Recht
253 auf Internet. Nur so lässt sich zeitgemäß lernen. Al-
254 le Schüler:innen müssen die technischen Möglich-
255 keiten haben, online arbeiten zu können – vor allem
256 von zu Hause.

257

258 Sozialdemokratische Bildungspolitik muss auch Chancen-
259 gerechtigkeit beim Hochschulzugang in den Blick neh-

260 men, damit Hochschulbildung nicht weiter der Reproduktion
261 tion von Eliten dient. Noch immer studieren in erster Linie
262 Kinder aus Akademiker:innenhaushalten. Der Einstieg
263 für alle kann durch eine Orientierungsphase zu Beginn
264 des Studiums erleichtert werden. Um die prekären Arbeitsverhältnisse
265 im Hochschul- und Wissenschaftssystem, die es nur Begüterten ermöglicht,
266 eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und langfristig durchzuhalten,
267 zu beenden, muss das Wissenschaftszeitvertragsgesetz,
268 das dauerhafte Befristungen jenseits der Professur ermöglicht,
269 grundlegend reformiert werden.

271

272 **Wohnarmut verhindern und obdachlose Menschen unterstützen**

274 Es bedarf auch wohnungspolitischer Maßnahmen und Instrumente,
275 die Menschen besser schützen, die von Armut bedroht oder betroffen sind.

277

278 Wir fordern Instrumente, die den Zugang zu Wohnraum erleichtern
279 sowie die Subventionierung bezahlbarer Mieten. Hierzu zählen
280 weitergehende Mietpreisregulierungen, eine verbindliche Sozialquote
281 sowie eine sozialwohl-orientierte Stadtentwicklungspolitik.

283

284 Menschen müssen vor Armut und Verdrängung geschützt werden.
285 Hier kann der Bezirk tätig werden durch die Ausweisung von
286 weiteren Millieuschutzgebieten, der Verhinderung von Abriss wie
287 aktuell im Fall der Habersaathstraße, der Unterstützung von
288 Mieter:innen im Falle von Umwandlungen von Wohnraum,
289 sowie durch die Stärkung genossenschaftlichen Wohnens.
290 Es ist zu befürchten, dass viele Menschen die steigenden Gas-,
291 Strom- und Nebenkosten nicht mehr bezahlen können. Daher
292 sollen zeitweise Kündigungen von Gas-, Strom- und Mietverträgen
293 aufgrund ausstehender Zahlungen ausgesetzt werden.

295

296 Wohnungslose und obdachlose Menschen gehören den vulnerabelsten
297 Gruppen in der Gesellschaft. Ihr Weg von der Straße und heraus
298 aus der Armut gehört zu den schwierigsten und fragilsten. Obdachlose
299 Menschen brauchen deshalb größtmögliche Unterstützung und
300 Solidarität. Für BPoC, LGBTQIA+ und FLINTA braucht es mehr
301 abgegrenzte und professionell begleitete Schutzräume. Housing
302 First als Maßnahme zur Wiedereingliederung hat sich bewährt
303 und muss institutionalisiert und ausgebaut werden. Darüber hinaus
304 müssen Strukturen, die kurz- und mittelfristig die Situation
305 obdachloser Menschen verbessern, gestärkt werden. Der
306 Personalschlüssel soll in der Obdachlosenhilfe erhöht und die
307 Besetzung durch mehr Neueinstellungen von Psycholog:innen
308 und Sozialarbeiter:innen breiter professionalisiert werden. Das
309 Ehrenamt soll als Ergänzung fungieren und darf nicht den Großteil
310 des Systems tragen.

313

314 Auf bezirklicher Ebene soll ein Runder Tisch "Obdachlose Menschen" für Betroffene sowie ehrenamtliche und
315 hauptamtliche Organisationen eingerichtet werden.
316

317

318 **Mobilität für alle**

319 Mobilität ist gerade für Menschen, die in Armut leben,
320 wichtig. Dies umfasst Gänge zu den Ämtern der öffentli-
321 chen Verwaltung, der Arbeit, zum Arzt und auch die Mög-
322 lichkeit zu einer flexibleren Freizeitgestaltung.

323

324 Das 9-Euro-Ticket war ein großer Erfolg und hat Menschen
325 Mobilität auch überregional ermöglicht, die sonst davon
326 ausgeschlossen gewesen wären. Das 9-Euro-Ticket hat ge-
327 zeigt, dass ein einfacher und kostengünstiger ÖPNV für
328 viele ein attraktives Angebot ist. Deshalb setzen wir uns
329 für das 365-Euro-Ticket für Berlin ein. Auch auf Bundes-
330 ebene muss es ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket
331 geben. Wir begrüßen die Anstrengungen des Landes Ber-
332 lin, das 9-Euro-Ticket auch in Berlin weiterzuführen.

333

334 Personengruppen wie Geflüchtete und Obdachlose fallen
335 häufig aus dem System der sozialen Sicherung und ha-
336 ben mithin auch keinen Zugang zum Sozialticket. Der Be-
337 zug von Einzelfahrsausweisen und Tageskarten ist zu teu-
338 er und führt zum Fahren ohne Fahrschein und den da-
339 mit verbundenen Konsequenzen wie Bußgeldern bis hin
340 zu Ersatzfreiheitsstrafen. Menschen, die nachweislich Be-
341 sucher:innen von Einrichtungen der Kältehilfe sind, soll-
342 te deshalb die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht
343 werden. Darüber hinaus bedarf es diskriminierungskriti-
344 scher Schulungen für das Kontroll- und Sicherheitsper-
345 sonal sowie unabhängiger Beschwerdestellen, um Über-
346 griffe auf marginalisierte Personen zu verhindern und zu
347 sanktionieren.

348

349 **Steuern**

350 Für uns als Sozialdemokratie ist klar, dass wir uns nicht aus
351 der Krise heraus sparen dürfen. Gerade jetzt braucht es die
352 starke Hilfe des Staates. Dies bedeutet, dass die Schulden-
353bremse auch im Jahr 2023 ausgesetzt werden muss. Wir
354 brauchen derzeit Hilfen für die Menschen und keine neu-
355 en Sparrunden.

356

357 In den letzten Jahrzehnten wurden die Steuern für Vermö-
358 gende immer weiter gesenkt. Die Vermögenssteuer wur-
359 de nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus-
360 gesetzt. Die Erbschaftssteuer wurde immer weiter ver-
361 wässert. Gerade für die hohen Erbschaften zahlt man heu-
362 te kaum Steuern. Maßnahmen gegen die Armut müssen
363 daher durch eine Erhöhung der Vermögenssteuern finan-
364 ziert werden. Konkret fordern wir kurzfristig eine einmali-
365 ge Vermögensabgabe. Bei dieser Vermögensabgabe kann

366 es einen individuellen Freibetrag von 2 Millionen Euro ge-
367 ben und für Betriebsvermögen von 5 Millionen Euro. So
368 werden nur die belastet, die aus den zurückliegenden Kri-
369 sen meist mit Gewinn hervorgegangen sind. Das Geld aus
370 der Vermögensabgabe soll für Maßnahmen gegen Armut
371 eingesetzt werden.

372

373 Langfristig braucht es die Wiedereinführung der Vermö-
374 genssteuer, einer Reform der Erbschaftssteuer und einer
375 teilweisen Absenkung der Steuern auf Arbeit. Der Vor-
376 schlag zur Abminderung der kalten Progression, wie ihn
377 Christian Lindner unterbreitet hat, ist für uns nicht ausrei-
378 chend, weil er vor allem den Reichen zugutekommt. Au-
379 ßerdem wollen wir die Abschaffung der pauschalen Be-
380 steuerung bei privater Dienstwagennutzung.

381

382 Die Inflation führt derzeit zu erhöhten Steuereinnahmen
383 beim Staat. Diese müssen zur Entlastung der Bürger:innen
384 eingesetzt werden. Von den 2,3 Milliarden Euro, die das
385 Land Berlin mehr einnimmt, soll mindestens die Hälfte für
386 direkte Entlastungen der Bürger:innen genutzt werden.

387

388 Für uns als SPD ist auch klar, dass wir eine Übergewinn-
389 steuer brauchen. Länder wie Großbritannien, Spanien
390 oder Belgien zeigen, wie diese aussehen kann. Schätzun-
391 gen zufolge könnte die Übergewinnsteuer bis zu 100 Mil-
392 liarden Euro an Mehreinnahmen bedeuten. Dieses Geld
393 wird dringend für Entlastungen der Menschen gebraucht.

394

395 Darüber hinaus fordern wir Steuergerechtigkeit für Sorge-
396 arbeitende durch Streichung der Lohnsteuerklasse V und
397 perspektivisch die Weiterentwicklung zu einem Realsplit-
398 ting.

399

400 **Strukturen verbessern – Zugang zu Unterstützungsange-**
401 **boten erleichtern**

402 Nur leicht zugängliche, stabile und gerechte Strukturen
403 zur Armutsvermeidung und -bekämpfung können lang-
404 fristige Lösungen für Betroffene darstellen. In Deutsch-
405 land gibt es bereits eine Vielzahl von unterstützenden
406 Strukturen.

407

408 Doch um die bestehende Infrastruktur der Beratungs- und
409 Helferschaft und den Sozialstaat zugänglich und hand-
410 habbar zu machen und Menschen zu ermöglichen, Be-
411 darfe zu erfüllen und bestehende Angebote zu nutzen,
412 müssen Beratungs- und Hilfeangebote deutlich ausge-
413 baut werden. Angebote der Überschuldungsberatung, der
414 Mietendenberatung, kostenlose Energieberatung und An-
415 tragsberatung zu Bürger:innengeld, Pflege, Rente und an-
416 deren Punkten müssen einfach zugänglich sein. Dazu ge-
417 hört auch der Ausbau der Informationsstreuung über die-
418 se Angebote und die Stärkung der aufsuchenden Sozialar-

419 beit.

420

421 Ein konkretes Beispiel für die Unterstützung privater Hilfs-
422 angebote ist die Tafel. Die Tafel und andere private Hilfs-
423 projekte, die Nahrungsarmut bekämpfen, füllen eine Lücke
424 der staatlichen Armutsversorgung und haben sich in
425 der Vergangenheit Strukturen und Vertrauen der in Armut
426 lebenden Menschen erarbeitet. Ihre Arbeit würde durch
427 die Verpflichtung von Lebensmittelgeschäften Lebensmittel,
428 die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben,
429 an Hilfsstationen und Lebensmittelausgabestellen
430 weiterzugeben, stark vereinfacht und würde die Versorgungsmöglichkeiten
431 erweitern. Daher sollten wir diese verpflichtende Abgabe prüfen.

433

434 Guter Zugang zu Armut vorbeugenden und Armut bekämpfenden
435 Strukturen muss niedrigschwellig sein. Daher ist es eine bereichsübergreifende
436 Herausforderung, der wir uns stellen müssen, niedrigschwellige Zugänge
437 zum Sozialsystem in analoger und digitaler Form zu schaffen, in denen
438 soziale Beratung und Hilfestellung passieren kann. Um Menschen in Armut
439 den Zugang zu Beratungsstrukturen zu erleichtern, wollen wir den Ausbau
440 niedrigschwelliger Behördenzugänge und/oder Sprechstunden außerhalb
441 der Behörde, zum Beispiel in Kieztreffs, verstärkt einführen.

445

446 Guter Zugang zu armutsverringenden Strukturen zu ermöglichen,
447 bedeutet auch, sprachliche Barrieren abzubauen, zum Beispiel durch
448 Leichte Sprache oder nicht deutsche Sprachen. Das soll sowohl den
449 analogen als auch den digitalen Raum umfassen. Nur Menschen, die die
450 Strukturen verstehen, können sich in ihnen bewegen und sie nutzen.

453

454 Wir wollen eine Armuts- und diskriminierungssensible
455 Verwaltung. Eine Stigmatisierung von Armut ist in unserer Gesellschaft
456 immer noch stark verbreitet. Von dieser Sozialisierung sind auch
457 Mitarbeiter:innen der Anlaufstellen/Beratungsstellen betroffen. Um die
458 Mitarbeiter:innen in diesem Bereich zu sensibilisieren, sollen Schulungen
459 der Beschäftigten verpflichtend eingeführt werden.

461

462 Ein möglicher Weg aus der Armut bzw. ein Schutz vor Armut für viele
463 Menschen ist die schnelle und unbürokratische Anerkennung von
464 Studienabschlüssen z.B. von Geflüchteten, aber auch von Menschen aus
465 der DDR. Ein höherer Bildungsabschluss ermöglicht einen schnellen
466 Arbeitseinstieg und die Einstufung in höhere Gehaltsklassen in der
467 Erwerbstätigkeit.

469

470 Durch unterschiedliche Krisen stehen wir aktuell gesellschaftlich
471 vor einer wirtschaftlich und sozial herausfor-

472 dernden Zeit. Daher ist für uns als SPD klar, dass wir gera-
473 de jetzt den Kampf gegen die Armut entschlossen aufneh-
474 men müssen. Die SPD steht an der Seite derer, die unsere
475 Hilfe gerade jetzt brauchen.